

Wohin führen die Alternativen der **AfD**?

Ein Faktencheck



Herausgeber:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU,
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Druck: Druckerei Conrad, Berlin

Gestaltung: kollundkollegen, Berlin

Stand: Juni 2016

Inhalt

- 4 | Vorwort Thomas Rachel MdB
- 6 | Rechtsstaatlichkeit, Staats- und Demokratieverständnis
- 10 | Menschenbild und Menschenwürde
- 14 | Islam, Leitkultur und Religionsfreiheit
- 20 | Ehe und Familie
- 26 | Deutschland und Europa
- 32 | Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Wohin führen die Alternativen der AfD?

Ein Faktencheck

Der folgende Faktencheck verfolgt die Absicht, an zentralen Punkten über die Programmatik und Strategien der AfD sachlich und klar nachvollziehbar zu informieren. Es geht uns hierbei ganz ausdrücklich nicht um eine Verunglimpfung dieser Partei, ihrer Wähler oder ihrer Unterstützer, sondern um das nüchterne und zugleich kritische Aufdecken der Faktenlage. Jeder politisch Interessierte wird so in die Lage versetzt, sich selbst ein Bild vom Charakter und den politischen Absichten der AfD zu machen.

Die Basis dieses Faktenchecks bildet das neue AfD-Grundsatzprogramm¹, aber auch Äußerungen führender AfD-Vertreter und andere Positionierungen der jüngsten Vergangenheit. „Mut zur Wahrheit“ – mit diesem Slogan will die AfD auf sich aufmerksam machen und sich damit den Nimbus geben, die etablierten Parteien (in ihrem bezeichnenden Sprachjargon: „die politische Klasse“) als Leugner bzw. Verdunkler derselben bloß zu stellen. Der folgende Faktencheck nimmt einige dieser vermeintlichen „Wahrheiten“ der AfD unter die Lupe und zeigt auf, dass die Sätze aus der Präambel des AfD-Grundsatzprogramms² vielfach im Gegensatz zu den darauffolgenden programmatischen Aussagen und Forderungen stehen.

Nach unserer festen Überzeugung macht die AfD kein Angebot für eine verantwortliche und vernünftige bürgerliche Politik. Noch viel weniger ist sie eine Alternative für Christinnen und Christen. Getragen vom christlichen Menschenbild und als Volksparteien der bürgerlichen Mitte treten wir als Union vereinfachendem



Populismus entgegen und werben für differenzierte Antworten und Lösungswege. Und deshalb wollen wir die AfD inhaltlich stellen.

Ausdrücklich möchte ich ganz herzlich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem EAK-Bundesvorstand danken, die an diesem Faktencheck tatkräftig mitgewirkt haben, insbesondere **Elisabeth Motschmann MdB**, **Friedemann Schwarzmeier**, **Dr. Michael Franz**, und dem EAK-Bundesgeschäftsführer, **Christian Meißner**.

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

- 1 Das „**Programm für Deutschland – Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland**“ (**ab jetzt: GP**) ist abrufbar unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.
- 2 GP, S. 6: „Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.“

Rechtsstaatlichkeit, Staats- und Demokratieverständnis

Die AfD zeichnet ein Zerrbild unserer seit 1949 bewährten und stabilen repräsentativen, parlamentarischen Demokratie. Ihre Forderungen zielen letztlich auf einen fundamentalen Umbau unserer bisherigen politischen und rechtsstaatlichen Gesamtordnung.

Fakt ist >>

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Die AfD hingegen zeichnet ein düsteres Bild unserer seit 1949 bewährten **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** sowie unseres repräsentativen, parlamentarischen Systems. Sie unterstellt, dass in unserem Land fortlaufend **Rechtsbruch, Verstöße gegen das Verfassungsrecht und die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien** an der Tagesordnung wären und dass die freie demokratische Meinungs- und Willensbildung sowie die Selbstbestimmung des „Staatsvolkes“ dadurch im Grunde genommen längst korrumpiert seien. Die konkreten Belege für dieses pauschale Gesamturteil über den angeblichen Zustand unserer Demokratie bleibt die AfD allerdings schuldig. In links-ideologisch

Zitat AfD >>

„Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaates und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht tatenlos zusehen...“
 (Aus dem AfD-Grundsatzprogramm – ab jetzt: GP –, Präambel, S. 6)

gefärbter Sprache wird stattdessen – ganz allgemein und abstrakt – ein **Antagonismus zwischen dem „Volk“** und einer kleinen, machtvollen und meinungsbildenden **politischen „Führungsgruppe“** bzw. einem **„politischen Kartell“** (an anderer Stelle wird von der **„politischen Klasse“**⁴³ gesprochen) behauptet, der vor allem zur Durchsetzung direktdemokratischer Mitbestimmungs- und Forderungskataloge (nach dem Vorbild der Schweiz) dienen soll. Dies alles offenbart eine **Verzerrung unseres gesamten demokratischen Systems** und zielt mit seinen politischen Forderungen letztlich auf den radikalen Umbau desselben.

Es ist ein demokratietheoretischer Irrtum anzunehmen, **direkt-demokratische Modelle** erbrächten gegenüber repräsentativ-demokratischen einen grundsätzlichen Mehrgehalt an Selbstbestimmung des Volkes. Von „Selbstbestimmung“ im Vollsinn des Wortes kann keine Rede sein. Denn auch hier geht es nicht nur um die eigene, sondern immer zugleich auch um

Zitat AfD >>

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. (...) Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht (...), die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk (...) kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (GP, S. 8)

Zitat AfD »»

„Der schwerwiegendste Verstoß gegen die Gewaltenteilung findet derzeit dadurch statt, dass die Exekutive (vollziehende Gewalt) als Regierung nicht von der Legislativen (gesetzgebende Gewalt, Parlament) personell getrennt ist. (...) Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten sollen nicht mehr zugleich Parlamentsmitglieder sein. (...) Die ‚Parteibuchwirtschaft‘ muss beendet werden. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.“ (GP, S. 10 und 11)

eine Verfügungsgewalt über andere, die bei allen Entscheidungen mitbetroffen sind. Außerdem ist das **repräsentativ-demokratische System** der Bundesrepublik Deutschland ein völlig anderes als das präsidentielle in der Schweiz oder den USA. In der Bundesrepublik Deutschland hat es sich seit nunmehr über einem dreiviertel Jahrhundert bewährt. Und es ist verfassungsrechtlich legitim und gewollt, dass **Amt und Mandat** gerade nicht auseinandergerissen werden und sich jede Regierung direkt aus der Mitte des gewählten Parlaments heraus legitimieren und auch die ganze Legislaturperiode hindurch ständig neu verantworten muss. Dies führt zu Vertrauens- und Verantwortungsbeziehungen gegenüber der Wählerschaft, dem Parlament und letztlich auch der eigenen Partei, die es bei direkter Demokratie⁴ so überhaupt nicht gibt. Wer in diesem Zusammenhang überdies von fehlender Gewaltenteilung redet oder Verschwörungstheorien im Hinblick auf demokratisch gewählte Volksvertreter aufstellt („politisches Kartell“), lehnt die **Verfassungswirklichkeit des Grundgesetzes** ab.

Die **Gefahr ausufernder Volksentscheide auf Bundesebene**, so wie sie die AfD fordert, liegt demgegenüber auf der Hand: Wichtige, komplexe und auch existentielle politische Grundfragen drohen damit **in problematischer Weise auf ein**

Zitat AfD »»

„Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren...“ (GP, S. 11)

Zitat AfD >>

„Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.“ (GP, S. 9)

Zitat AfD >>

„Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen.“ (GP, S. 9)

einfaches „Ja“ oder „Nein“ verkürzt zu werden und dem Populismus sind damit Tür und Tor geöffnet.

Schließlich ist die Diffamierung sowohl des Parteienwesens insgesamt als auch die **Respektlosigkeit gegenüber demokratisch und verfassungsmäßig legitimierten Wahlentscheidungen, rechtsstaatlich gültigen Verfahren und Entscheidungsprozessen** von Seiten der Neupartei AfD nicht nur problematisch, sondern auch unglaubwürdig und widersprüchlich: **Man bedient sich nämlich genau derjenigen Formen des politischen Establishments, das man angeblich gleichzeitig bekämpfen will.** Man kann nicht glaubwürdig bei anderen genau das kritisieren, was man exakt selbst ist, nämlich eine politische Partei. Und gegenüber einem verallgemeinernden „Parteien-Bashing“ ist grundsätzlich zu betonen: Parteien in einer repräsentativen Demokratie sind für die Meinungsbildungs- und Konsensprozesse innerhalb einer pluralen und freiheitlichen Gesellschaft als sinnvolle, effektive und nützliche Größen zu würdigen. Das ist ganz im Geiste des Grundgesetzes, das in Art. 21 die Rolle und Aufgabe der Parteien beschreibt.

³ GP, S. 12.

⁴ Vgl. Prof.Dr. Jürgen Plöhn, *Mehr Demokratie*, in: *Evangelische Verantwortung* Nr. 1+2/2016, S. 9.

Menschenbild und Menschenwürde

Die AfD betreibt keine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Fakt ist >>

Die AfD bekennt sich nicht zu einer **christlichen Fundierung der Politik**. Die Basis ihrer Parteiprogrammatik bildet **nicht** das **christliche Menschenbild**, und zwar weder dem Wortlaut noch der Sache nach. Die einzige Stelle, wo überhaupt vom „Menschenbild“ gesprochen wird, liest sich wie folgt: „Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst bleibt. Wir glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, eines ‚Neuen Menschen‘. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.“ (GP, S. 9 und 10) Es wird keine positive Begründung eines eigenen wertefundierenden Standpunktes geliefert.

In der Präambel des Grundsatzprogramms wird zwar betont, dass man „die **Würde des Menschen** (...) erhalten“ (GP, Präambel, S. 6) wolle und dass man sich ferner als „**Partei des gesunden Menschenverstandes**“ (GP, S. 10) verstehe. Die tatsächlichen Äußerungen führender politischer Vertreter sowie handfester politischer Positionierungen

der AfD lassen daran jedoch – sowohl formal wie inhaltlich – starke Zweifel aufkommen. Diesbezüglich kann weder von würdevollen Diskursen noch von gesundem Menschenverstand gesprochen werden.

Zitat AfD >>

„Wir sind keine christliche Partei. Wir sind eine deutsche Partei, die sich bemüht, deutsche Interessen wahrzunehmen.“

(Alexander Gauland, Interview in „Die Zeit“ vom 25.05.2016, www.zeit.de/2016/23/leipzig-afd-katholikentag-streitgesprach)

Zitat AfD >>

„Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt nicht nur zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere Deutschlands (...). Sie ist auch für den Tod vieler Menschen auf dem Mittelmeer verantwortlich. Die AfD will diese zynisch hingenommene Folge eines irregeleiteten Humanitarismus vermeiden...“ (GP, S. 59)

Die AfD versucht sich nach außen hin immer wieder auch einen **christlichen Anstrich** zu verpassen. Sie bedient sich aber faktisch einer sowohl Minderheiten als auch **ganze Menschen- und Bevölkerungsgruppen**

abwertenden, ausgrenzenden und **verächtlich machenden Rhetorik**, die teilweise sogar die Grenze zum unverhohlenen rassistisch Rechtsradikalen überschreitet (s. hierzu auch den folgenden Abschnitt S. 14ff.). Eine solche, auf **Spaltung der Gesellschaft** abzielende Grundhaltung ist mit einem christlich fundierten Politikverständnis unvereinbar. Hier wird die **Flüchtlingspolitik** von Bundeskanzlerin Angela Merkel als **„irregeleiteter Humanitarismus“** beschrieben. Man wirft ihr in **rechtsradikal-völkisch konnotiertem Sprachjargon** vor, zum **„Erlöschen der europäischen Kulturen“** beizutragen. Gleich-

Zitat AfD >>

„Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild...“ (GP, S. 9)

Zitat AfD >>

„‘Wer muss weg?’, ruft Poggenburg, 180 Demonstranten laufen nun hinter ihm her. Und alle: ‚Merkel muss weg!‘ Weiter geht die Prosa der ‚Patrioten‘ mit: ‚Hopp, hopp, hopp, Asylantenstopp‘. ‚Kriminelle Ausländer‘, schreit Poggenburg. ‚Raus, raus, raus‘, schreit die Menge.“⁸

(Bericht in „Die Zeit“ Nr. 5/2016, 28. Januar 2016, über André Poggenburg MdL, AfD-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt)

zeitig soll sie aber auch für die **Toten im Mittelmeer** verantwortlich sein. Das ist letztlich kurios: Denn zeitgleich sind es ja **die Linken**, die der Union dasselbe unterstellen, nur

Zitat AfD >>

„Von Storch hatte auf ihrer Facebook-Seite geschrieben, Menschen, die aus Österreich einreisen, hätten kein Asylrecht, die Einreise sei ihnen zu verweigern. ‚Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen. Die Menschen sind in Österreich in Sicherheit. Es gibt keinen Grund, mit Gewalt unsere Grenze zu überqueren.‘ Ein Facebook-Nutzer kommentierte: ‚Das ist Schwachsinn. Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?‘ Von Storchs Antwort: ‚Ja‘.“

*(Bericht über AfD-Vize **Beatrix von Storch**, „Die Zeit“, 31.01.2016)⁶*

eben mit anderen ideologischen Vorzeichen und dem genau umgekehrten Argument: nämlich der Schließung der Grenzen.

Konstruktive Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ist selbstverständlich möglich. Die AfD bezieht in dieser Frage **unbarmherzige Positionen** – sowohl in ihrem Programm als auch in ihren öffentlichen Äußerungen. An diesem Thema wird wie in einem Brennspiegel deutlich, wie es bei der AfD um **christliche Verantwortung** oder die Achtung der **Würde des Menschen** in Wahrheit steht: Selbst wenn es sich bei einem Teil der nach Europa strömenden Menschen nicht um Kriegsflüchtlinge, sondern um Migranten handelt. Das unendlich große Leid der verfolgten, misshandelten, vergewaltigten oder mit dem Tode bedrohten Menschen aus dem Nahen Osten wird an keiner Stelle angesprochen. Kein Wort darüber, dass es unsere Verpflichtung ist, sie vor der „Geißel des Krieges“ zu bewahren (vgl. Präambel der Charta der Vereinten Nationen). Auch den Geist der **Genfer Flüchtlingskonvention** greift das Grundsatzprogramm der AfD nicht auf.

Solches widerspricht dem selbstgewählten **Anspruch nach einem „differenzierten Menschenbild“** und hat auch mit dem sich erbarrenden Geist und der **Liebesbot-**

Zitat AfD >>

„Einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab. Wir müssen die Grenzen dichtmachen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen“

*(**Alexander Gauland**⁹, stellv. AfD-Vorsitzender, Februar 2016)*

Zitat AfD >>

„Er (sc. ein Grenzpolizist) muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz. (...) Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt.“

(Frauke Petry im Interview vom 30.01.2016 mit dem „Mannheimer Morgen“)⁵

„Die Evolution hat Afrika und Europa, vereinfacht gesagt, zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert. In Afrika herrscht nämlich die sogenannte r-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt. Dort dominiert der sogenannte Ausbreitungstyp. (...) Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp...“

(Björn Höcke, AfD-Vorsitzender in Thüringen, in einer Rede im November 2015 bei einem Kongress des Instituts für Staatspolitik auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt)⁷

schaft des Evangeliums von Jesus Christus nichts zu tun. Ganz im Gegenteil: Wer sich noch nicht einmal mehr von **„Kinderaugen“** anrühren lassen will und – anstatt von Nächstenliebe, humanitärer Hilfe und Schutzverpflichtung gegenüber Menschen in äußerster Not – von „irregeleitetem Humanitarismus“, **bewaffneter Flüchtlingsabwehr** und **„Reproduktionsstrategien“** spricht, der ist Lichtjahre von einer Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes und der sich aus dem christlichen Glauben ergebenden Werte entfernt.

⁵ <http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328>

⁶ <http://www.zeit.de/politik/2016-01/alternative-fuer-deutschland-beatrix-von-storch-petry-schusswaffen>

⁷ <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/AfD-Hoeckes-Lehre-von-Menschentypen,hoeckeslehre100.html>

⁸ <http://www.zeit.de/2016/05/afd-andre-poggenburg-sachsen-anhalt-asylpolitik-wahlkampf>

⁹ <http://www.bz-berlin.de/berlin/umland/gauland-tochter-nimmt-fluechtling-auf-und-kritisiert-ihren-vater>

Islam, Leitkultur und Religionsfreiheit

Die AfD schürt Überfremdungsängste. Dies spaltet und destabilisiert unsere Gesellschaft und hat mit einer wohlverstandenen deutschen Leitkultur nicht das Geringste zu tun.

Fakt ist >>

Jahrelang hat man der CDU und CSU von linker Seite aus eine falsche **Integrationspolitik** vorgeworfen. Denn es war die Union, die frühzeitig auch auf massive Integrationsprobleme in Teilen der aus den islamischen Kulturkreisen stammenden Zuwanderergruppen hingewiesen hat und sich z.B. gegen die **blauäugige Ideologie von „Multi-Kulti“** ausgesprochen hat. Es war die Union, die jahrelang das Erlernen der deutschen Sprache eingefordert hat und der daraufhin eine „Germanisierung“ der Schulhöfe vorgeworfen wurde. Es war schließlich auch die Union, die den Diskurs über eine **gemeinsame, verbindliche Leitkultur** – z.T. gegen massive **linksideologische Widerstände** in Politik und Gesellschaft – eingefordert und geführt hat. Nun wird dessen ungeachtet von der AfD der Vorwurf erhoben, die Union stehe für „Multi-Kulti“.

Im aktuellen **Grundsatzprogramm der CDU** heißt es unmissverständlich: „Wir bekennen uns zur Präambel des Grundgesetzes und damit zu unserer **Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht auf Werten, die christlichen Ursprungs sind.** Sie haben unser Land und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu

verschaffen, verstehen wir nicht nur als Aufgabe der Christlichen Kirchen, sondern auch als vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christliche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und Feiertage.“¹¹ Ebenso wird aber im Sinne der **Religions- und Weltanschauungsfreiheit des Grundgesetzes** ganz klar betont: „Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Religionen Werte vermitteln, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitliche Grundordnung ausüben können. Wir achten die Religionszugehörigkeiten. Dies erwarten wir ebenso von

Zitat AfD >>

„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.“ (GP, S. 47)

Zitat AfD >>

„Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. (...) Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (GP, S. 48 und 49)

allen Angehörigen der unterschiedlichen Religionen.“¹² Und schließlich: „Die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hinein zu wirken, muss unantastbar bleiben. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das Recht auf **freie Religionsausübung**.“¹³ Eine solche, positive Wertschätzung gegenüber den Wurzeln der eigenen kulturellen und religiösen Identität, in gleichzeitiger Verbindung mit dem grundsätzlichen **Respekt und der Toleranz vor Andersgläubigen bzw. Andersdenkenden**, hört man bei der AfD nicht.

Stattdessen spaltet die AfD unsere Gesellschaft, wenn sie eine ganze Religion wie den Islam pauschal ausgrenzt. Sie offenbart dabei ein **fragwürdiges Verständnis unserer freiheitlichen Grundwerte, unseres Verständnisses von Religionsfreiheit und unseres gesamten Religionsverfassungsrechtes**. Denn wer die legitime

Zitat AfD >>

„Soweit ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht stattfindet, fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler.(...) Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern wir die Schließung von Koranschulen...“ (GP, S. 55)

Zitat AfD >>

*„Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden; in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Model.“
(GP, S. 50)*

religionsverfassungsrechtliche Möglichkeit für islamische Organisationen ablehnt, z.B. **Körperschaften öffentlichen Rechtes** werden zu können, wenn die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, oder bekenntnisorientierten Religionsunterricht zu erteilen, und dabei gleichzeitig das hohe Lied von der Gewaltenteilung (s.o., S. 8) und Rechtskonformität anstimmt, widerspricht sich eklatant. Mit der gültigen Rechtsprechung und unserer durch die Verfassung garantierten, **positiven Religionsfreiheit** hat solches wenig zu tun. Auch wenn sicherlich die Mehrzahl der Unionmitglieder z.B. im **muslimischen Kopftuch** ein problematisches polit-religiöses Symbol sieht, das die **Ungleichberechtigung der Frau** gegenüber dem Mann ausdrückt, gilt es gleichzeitig die höchstrichterliche Rechtsprechung in unserem Land¹⁴ zu beachten und zu respektieren: Denn so einfach, wie es sich die AfD z.B. mit ihrer grundsätzlichen Verbots- bzw. Ablehnungshaltung beim Thema „**Kopftuch**“, „**Burka**“/„**Niqab**“¹⁵ oder „**Minarett**“¹⁶ macht, ist es verfassungsrechtlich gesehen eben nicht. Wir leben gerade nicht in einem laizistischen Land wie Frankreich. Die Forderungen nach genereller **Abschaffung** sowohl der **Islam-Lehrstühle an deutschen Universitäten** als auch der **Koranschulen** widersprechen überdies nicht nur unseren elementaren, verfassungsmäßig gewährten Religionsfreiheitsrechten, sondern auch der eigenen Argumentation: Während man einerseits den zu starken **Einfluss des Auslandes auf die Moscheegemeinden** unterbinden will, untergräbt man gleichzeitig alle vernünftigen Versuche, durch die Etablierung einer eigenständigen Islamischen Theologie in Deutschland etwas dagegen zu unternehmen.¹⁷

Zitat AfD >>

„Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen. (...) Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.“ (GP, S. 50)

Der Satz „**Der Islam gehört zu Deutschland**“ ist auch in den Augen vieler Unionsanhänger durchaus problematisch und missverständlich, weil hier nicht hinreichend zwischen der Beschreibung soziologischer Faktizität und dem normativen Geltungsanspruch unterschieden wird. Die Umkehr dieses Satzes in „**Der Islam gehört nicht zu Deutschland**“ ist aber ebenso fragwürdig. Es ist gerade der besorgniserregende Verlust der hinreichenden begrifflichen Differenzierung und Präzisierung sowie die hohe Emotionalisierung, die in der **Islam-Debatte** zunehmend Sorgen bereiten. Der Islam hat, gerade durch polit-religiösen **Extremismus** und **Terrorismus**, ein akutes Gewalt- und in vielen Ländern der Erde auch ein massives **Menschenrechtsproblem**. Das rechtfertigt jedoch nicht, alle Anhänger dieser Religion unter Generalverdacht zu stellen. Dass wir von allen hier lebenden Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften **Rechtstreue und Achtung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung** erwarten, und dies auch konsequent und unmissverständlich einfordern, ist dabei eine Selbstverständlichkeit.

In Deutschland leben über 4 Millionen Muslime. Allein diese Tatsache sollte Grund genug sein, sich mit der Religion der Muslime und den Kulturkreisen, aus denen sie kommen, auseinanderzusetzen. Die AfD aber zeigt, dass sie hier nicht **dialogfähig** ist. Dabei ginge es gerade darum, diejenigen Muslime zu unterstützen, die den Koran eben nicht Wort für Wort als Handlungsanweisung auf die Gegenwart übertragen und ihn nicht für extremistische und menschenverachtende Positionen missbrauchen. Es waren deshalb vor allem CDU und CSU, die die Initiative in der Bundesregierung zur Gründung der **Islam-Konferenz** ergriffen haben und die **Errichtung von Islam-Lehrstühlen an unseren deutschen Universitäten** mit auf

Zitat AfD >>

„Die Altparteien, allen voran die CDU, sind verantwortlich für das Entstehen von Parallelgesellschaften und nur sie sind verantwortlich für die multikulturelle Revolution, die die Geschichte unseres Volkes jetzt beenden soll.“

(Björn Höcke, Rede in Erfurt vom 13.01.2016¹⁰)

den Weg gebracht haben.

Für einen aufrichtigen Dia-

log bedarf es nämlich der beiderseitigen Bereitschaft, sich vorurteilsfreies historisches und theologisches Wissen über andere anzueignen. Diese Bereitschaft ist bei der AfD nicht erkennbar.

Schließlich bietet diese Partei auch keine neuen Vorschläge zur Verbesserung der Integration an. Wenn es aber keine wirksamen Hilfen zur Integration gibt, wenn also jede Unterstützung fehlt, gerade dann droht das Abgleiten vieler Muslime in sogenannte **Parallelgesellschaften**. Dadurch würden erst recht die Probleme geschaffen, vor denen die AfD so vehement warnt. Übersehen wird dabei, dass immerhin ca. 90 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands für gut halten. Der darin liegenden Chance für ein **vertrauensvolles Miteinander** verweigert sich die AfD.

10 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/bjoern-hoecke-afd-rechtspopulismus-portraet>

11 Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover 2007, S. 87, Ziff. 279.

12 Ebd., Ziff. 280.

13 Ebd., Ziff. 281.

14 Vgl. hierzu die kritische Presseerklärung des EAK zum Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 16.03.2015 (http://www.eak-cducsu.de/web/presseOnlineContent.php?press_id=347)

15 S. GP, S. 50.

16 Ebd.

17 Vgl. hierzu auch den Aufsatz von Matthias Kamann in „Die Welt“ vom 31.05.2016 (<http://hd.welt.de/politik-edition/article155825875/AfD-radikalisiert-sich-per-Springprozeession.html>)

Ehe und Familie

Familienpolitisch hat die AfD nichts Neues zu bieten. Sie operiert mit rein gesinnungsethischen Parolen und bedient sich zudem eines rückwärtsgewandten Frauenbildes.

Fakt ist >>

Im Bereich der **Familienpolitik** versucht die AfD einen taktischen Strategiewechsel, der darin besteht, Positionen der Union zu übernehmen. Die AfD bekennt sich – wie CDU und CSU – zum Leitbild der **traditionellen Familie** und der **Ehe von Mann und Frau**. Dass klingt zunächst vertraut und gut. Die Zustimmung vieler Wähler, die in einer traditionellen Familie leben – und das sind die meisten – dürfte gewiss sein. Allerdings sollte man bei diesen Aussagen zur Familie genau hinsehen, um gleichzeitig auch die fundamentalen Unterschiede zur Position von CDU und CSU zu erkennen.

Die AfD will die Zeit zurückdrehen. Und im **Gegensatz zur Union**, die als Volkspartei der Mitte und auf der Basis einer klaren und lebendigen **christlichen Grundhaltung** immer schon auf sich wandelnde gesellschaftliche Verhältnisse reagiert hat, zeigt die AfD auch hier ihre rückwärtsgewandte Haltung.

Das Modell der „traditionellen Familie“ ist in unserem Land nach wie vor am weitesten verbreitet und genießt breiteste Akzeptanz. Das ist auch gut so und entspricht der **wertegebundenen Grundprogrammatik von CDU und CSU**. Problematisch wird es aber, wenn man, wie die AfD, verdrängt oder einfach nicht wahr haben will, dass es heute auch andere Formen des fürsorglichen, familiären Zusammenlebens gibt. Deshalb darf es auch zu keinerlei Diskriminierungen von anderen Familienformen, z.B. von **Alleinerziehenden**, kommen. Alleinerziehende haben es

Zitat AfD >>

„Die Anzahl Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern nimmt in Deutschland stetig zu, obwohl dieses Lebensmodell in der Regel gravierende Nachteile für alle Beteiligten, insbesondere aber für die betroffenen Kinder mit sich bringt.“ (GP, S. 44)

oft nicht leicht und deshalb brauchen sie besondere Wertschätzung und Unterstützung und nicht die zutiefst abwertende Etikettierung der AfD, die mit der stillschweigenden Suggestion operiert, es handele sich hierbei um ein in der Regel selbst gewähltes bzw. bewusst angestrebtes „**Lebensmodell**“. Schon nach dem letzten Krieg mussten schließlich viele Mütter ihre Kinder ohne den Vater erziehen. Wie viele Ehefrauen (und zunehmend auch Ehemänner) werden heute leider vom jeweiligen Partner verlassen? Manche verlieren einen Ehepartner durch Tod. Es ist falsch und geht an der Wirklichkeit vorbei, ihnen allen, auch den Geschiedenen und sogenannten „**Patchwork**“-Familien, pauschal zu unterstellen, dass ihre Kinder defizitär aufwachsen. Denn die große Mehrheit dieser Menschen nimmt ihre

Zitat AfD >>

„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. (...) Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom ‚Gender-Mainstreaming‘ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen.“ (GP, S. 41)

Zitat AfD >>

„Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen (...) und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.“ (GP, S. 41)

Erziehungsaufgaben vorbildlich wahr. Deswegen ist es auch völliger Unsinn, wenn behauptet wird, „staatliche

Institutionen wie **Krippen, und Ganztagschulen**“ würden die **Erziehungsaufgaben der Eltern** untergraben. Krippen und Ganztagschulen sind für viele Eltern das genaue Gegenteil, nämlich unverzichtbare Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang übrigens auch die absurde These, dass „die generelle **Betonung der Individualität**“ die „Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit“ untergrabe. Wie verträgt sich das mit dem grundsätzlichen **Gedanken der Wahlfreiheit**, den die AfD an anderer Stelle so gerne stark machen will¹⁸?

Die **Förderung von Familien mit Kindern** ist Grundkonsens unserer Gesellschaft. Sie ist deshalb Bestandteil aller Parteiprogramme demokratischer Parteien. Was die AfD hier u.a. aber als bahnbrechende Familienförderung vorschlägt, sind nur Prämien in Form von Schuldenerlass für Akademikerinnen, von Wohnungs- und Hauseigentümern. Das würde diejenigen einseitig privilegieren, die studieren oder in der Lage sind, Immobilien zu kaufen. Was die AfD will, ist also nichts anderes als eine **Bevorzugung von wohlhabenden Familien** gegenüber sozial schwachen Familien. Im Übrigen sollte Mutterschaft nicht mit Geld angeregt oder

Zitat AfD >>

„Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen erleiden, müssen korrigiert werden. Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommenschichten wieder möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große Familie zu sorgen, ohne sich dabei einem Armutsrisiko auszusetzen. Ein geeignetes Mittel dafür wäre z.B. die Bereitstellung zinsloser Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum, deren Schuldsomme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert. (...) Studenten, die während oder kurz nach Abschluss des Studiums Eltern werden, soll die Rückzahlung von Bafög-Darlehen erlassen werden.“ (GP, S. 42)

bezahlt werden. Das hat nämlich gerade die Gruppe der Akademikerinnen, die am wenigsten Kinder hat, bisher ganz offensichtlich kaum motivieren können, sich für ein Kind zu entscheiden. Der Staat kann Familien unterstützen, aber er muss hier auch – gerade aus der Kindeswohlperspektive heraus und verfassungsrechtlich – auf Gleichberechtigung im Hinblick auf die verschiedenen Familienformen achten.

Den **Frauen wird kein eigenes Kapitel gewidmet**. Schon diese Tatsache spricht Bände über die Klischees, in denen die AfD offenkundig denkt. Frauen sieht sie in erster Linie als Hausfrauen und Mütter. Lediglich einige Unterpunkte im Kapitel „Schule, Hochschule und Forschung“¹⁹ haben – neben der oben zitierten Bemerkung bezüglich der „Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen“ – noch mit **Geschlechterfragen** zu tun. Darin geht es vor allem um das Nein zu **Gender Mainstreaming**, die Beendigung von **Gender-Forschung**, die **Ablehnung einer geschlechterneutralen Sprache** sowie von **Geschlechterquoten** allgemein. Für diese Positionen gibt es auch innerhalb der Union und im etablierten, bürgerlichen Parteienspektrum durchaus Befürworter, zumal dann, wenn eine regelrechte Gender-Ideologie dazu führt, biologisch bedingte Geschlechtsunterschiede zu leugnen oder das Leitbild der Ehe von Mann und Frau relativieren zu wollen. Ein entscheidender Unterschied ist hier jedoch das Begründungsmuster der AfD, die ihrerseits nun die „traditionellen Geschlechterrollen“ als vermeintliche soziale Normgestalt ideologisch verbrämt. Die einseitig klassisch-gesellschaftliche „Geschlechterrolle“

Zitat AfD >>

„Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD (...) ab.“ (GP, S. 56)

für Frauen sah nämlich vor, dass die Frau zu Hause bleibt und der Mann seinem Beruf nachgeht. Und es ist genau diese **traditionelle Aufgabenverteilung**, die heute von vielen Frauen und Müttern abgelehnt wird, und die längst durch **gleichberechtigte Partnerschaftsmodelle** sowie die eigene **qualifizierte Berufstätigkeit** ersetzt bzw. ergänzt worden ist. Dieses verständliche und berechtigte Anliegen der Frauen wird von unserem Staat zu Recht unterstützt. Frauen haben sich diese **gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft** mühsam erkämpfen müssen. Noch immer gibt es dabei genügend Benachteiligungen, die behoben werden müssen. Die AfD sieht das aber offensichtlich ganz anders. Die Errungenschaften der Frauen möchte sie zurückdrehen, denn sie lehnt eine „Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit“ ab.

Auch beim Thema **„Abtreibung“ und „Lebensschutz“** offenbart die AfD, welche Haltung sie in Wirklichkeit hat. Die Position der CDU hierzu ist hinlänglich bekannt. Als Union setzen wir uns seit Jahrzehnten dafür ein, die Würde des frühen und ungeborenen Lebens möglichst allumfänglich zu schützen und zu bewahren. Aber auch hier gilt es, auf die Feinheiten und Untertöne zu achten: Denn bei der AfD wird dieses äußerst sensibel zu handhabende und **komplexe ethische Konflikt-Thema** nur am Rande und mit obendrein wenig einfühlsamen Worten abgetan, wenn z.B. gesagt wird, man wende sich „gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschen-

Zitat AfD >>

„Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugeborene ein.“ (...) Sie „steht für eine Kultur des Lebens und ist in Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt. (...)“ Sie „wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.“ (GP, S. 44)

recht zu erklären“. Hier werden regelrechte ideologische „Pappkameraden“ aufgebaut, die nichts mit den wirklichen **Konfliktlagen der Betroffenen** zu tun haben. Verständnis für die Probleme und Schicksale betroffener, hadernder und verzweifelter Mütter in Not artikuliert sich hier jedenfalls nicht. Und auch das hat wieder etwas mit dem **christlichen Menschenbild** zu tun, das bei der AfD fehlt: Der umfassende **Einsatz für den Lebensschutz** muss gleichzeitig getragen sein von einem einfühlsamen Verständnis für die äußerst schwierige Gesamtsituation der betroffenen Menschen selbst. Deswegen ist es in verantwortungsethischer Perspektive auch noch längst nicht damit getan, wenn man schlicht und einfach fordert, „dass bei der Schwangerenkonfliktberatung das vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens ist.“²⁰

Insbesondere in der Familienpolitik will die AfD also vor allem **wertkonservative Wähler der Union** ansprechen, erreichen und gegebenenfalls abspenstig machen. Aber auch hier wählt man lieber das Original. Denn bei diesem Kapitel des AfD-Grundsatzprogramms handelt es sich um ein schlechtes Plagiat, das neben bloßen Schlagworten insgesamt wenig politischen Verantwortungssinn und ein gerütteltes Maß an **rückwärtsgewandter Geschlechterrollen-Ideologie** verrät.

¹⁸ Vgl. GP, S. 43.

¹⁹ GP, S. 51.

²⁰ GP, S. 44.

Deutschland und Europa

Die AfD will das europäische Einigungsprojekt rückgängig machen und gefährdet durch ihr re-nationalistisches Denken massiv die wirtschaftliche Stabilität und ökonomische Zukunft Deutschlands.

Fakt ist >>

Die AfD begann mehr oder weniger als monothematische „**Anti-Euro-Partei**“, die trotz ihres massiven Versuches, aus der europäischen **Finanz- und auch der Griechenlandkrise** politisches Kapital schlagen zu wollen, bis zum Ausbruch der Flüchtlingsproblematik fast schon wieder von der Bildfläche verschwunden war. Die ruhige und verantwortliche Politik der durch CDU und CSU geführten Bundesregierung hat den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Frage neues Vertrauen zurückgegeben und gezeigt, dass es gerade in Krisenzeiten darauf ankommt, sich nicht von den simplifizierenden Parolen und Schlagworten linker und rechter Populisten beirren zu lassen, sondern den vernünftigen Weg des europäischen Einigungsprozesses weiterzugehen, Fehlentwicklungen dabei zu korrigieren und an der Idee eines gemeinsamen Europa fest zu halten.

In der **Europa-Kritik der AfD** finden sich wieder die bekannten Muster ihrer Argumentation: Wiederholt begegnet der **pauschale Vorwurf des Undemokratischen** und der angeblich fehlenden Rechtsstaatlichkeitsstrukturen, nun übertragen auf die europäische Gesamtebene. All dies entbehrt auch hier – bei genauer und differenzierter Betrachtung – jeder Grundlage. Fakt ist vielmehr, dass **Art. 5 des EU-Vertrages von Lissabon** gerade für die Mitgliedsstaaten das **Subsidiaritätsprinzip** festschreibt und nur solche Kompetenzen an die EU übertragen wurden und werden, die sich

Zitat AfD >>

„Die Vision eines europäischen Großstaats läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten mit den sie tragenden Völkern ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten.“ (GP, S. 17)

auf nationaler Ebene nicht gemeinschaftsfähig bzw. auf EU-Ebene wirkungsvoller umsetzen lassen. Fakt ist ferner, dass es sich bei der EU nicht um einen Bundesstaat, sondern um einen **Staatenverbund** handelt, für den völlig andere Spielregeln gelten. Die EU hat kein Staatsvolk, sondern **28 Staatsvölker**. In der EU gibt es demzufolge auch keine Herrschaft des Volkes, sondern eine Herrschaft von vielen Völkern. Im Vertrag von Lissabon wurde bewusst auf Symbole wie Flagge, Hymne und ein Leitspruch verzichtet. Diese waren in dem Artikel I-8 in dem Entwurf für eine Verfassung für Europa vorhanden. Dieser Verfassungsentwurf scheiterte aber in den Volksabstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich.

Es ist also ein **Zerrbild**, das hier gezeichnet wird. Denn die EU ist, bei aller z.T. auch berechtigten Einzel- und Strukturkritik, ein ausgewiesenes gesamteuropäisches

Rechtsgebilde, das entscheidend von den freien und demokratischen Mitgliedsstaaten Europas getragen wird. Die AfD behauptet dennoch unzutreffend, dass die EU in einen

Zitat AfD >>

„Die politischen Eliten haben mit dem Vertrag von Maastricht 1992 und besonders mit dessen Veränderung in Lissabon 2007 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu einem Staat fortzuentwickeln.“ (GP, S. 17)

Zitat AfD >>

„Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird.“ (GP, S. 17)

zentralistischen „Großstaat“ umgewandelt werden sollte, der auf Kosten der **Souveränität der Bundesrepublik Deutschland** und der anderen europä-

ischen Ländern gehe. Das ist schlichtweg falsch. Solches reiht sich passgenau in den **Chor der radikal-politischen Strömungen** ein, die entweder durch sozialistische oder nationalistische Ideologie, das **europäische Einigungs- und Friedenswerk** mit allen Mitteln zerstören wollen. Es ist in diesem Zusammenhang auch kein Zufall, dass sich die AfD nunmehr sehr stark auch den **rechtsradikalen Parteien Europas** wie dem **„Front National“** anzunähern beginnt²². Der abermalige Widerspruch, dass man von politischen Strukturen zehrt, die man gleichzeitig für undemokratisch hält und angeblich bekämpfen will, sei nur am Rande notiert. Auch hier begegnet wieder das verschwörungstheoretisch anmutende Bild von den **„politischen Eliten“**, die angeblich fern vom Willen der Wählerinnen und Wählern in den EU-Mitgliedsländern die Geschicke Europas lenken.

Und schließlich: Die AfD will **den Euro abschaffen**. Sie benennt allerdings mit keinem Wort, wie sie sich nach einem Ausstieg aus dem Euro eine Beibehaltung

Zitat AfD >>

„Aber es stimmt, dass zum Beispiel Sahra Wagenknecht in Fragen der Euro-Politik ganz ähnliche Positionen wie wir vertritt. Wenn es zu solchen Themen, bei denen wir uns nahe sind, zu Abstimmungen kommen sollte, habe ich kein Problem damit, auch mit der Linkspartei zusammen zu stimmen.“

(Alexander Gauland im Interview mit „Die Zeit“ vom 11.09.2014²³)

Zitat AfD >>

„Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat umzuwandeln.“
(GP, S. 16)

des hohen Standes an Wirtschaftskraft und des für unsere Industrie erforderlichen Exportes vorstellt. Warum sie bei dieser klaren Ansage überhaupt noch für eine Volksabstimmung plädiert, ist allerdings schwer nachvollziehbar. Auch dahinter steht wohl eher das Kalkül, dass sich Stimmungen gegen den Euro durch populistische Propaganda leichter wieder entfachen lassen. Fakt ist vielmehr, dass die **Wirtschaft in Deutschland und der EU** ohne die gefassten Beschlüsse zur **Rettung der defizitären Staaten** und der **in Schieflage geratenen Banken** in eine fundamentale Krise geraten wäre. Fakt ist auch, dass der Euro von seiner Einführung bis zur sogenannten Euro-Krise die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in Deutschland und der EU gefördert hat. Die maßgebliche Ursache für die zum Teil besorgniserregende finanzielle Entwicklung in der **europäischen Währungsunion** sind **mangelnde Haushaltsdisziplin und Vertragstreue** einiger Regierungen. Nicht der Euro hat schließlich Unfrieden in Europa verursacht. Ursache sind in Wirklichkeit gerade nationale Egoismen, die längst überwunden geglaubte Ressentiments wieder aufleben ließen.

Während sich **CDU** und **CSU** konsequent und mit aller Kraft für **ein starkes Deutschland als Motor für ein starkes Europa** einsetzt, tritt die AfD für eine weitgehende Rückabwicklung der EU bis zu Restfunktionen ein. Ihr **Deutschlandbezug**

Zitat AfD >>

„Wir fordern, das Experiment Euro geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden.“ (GP, S. 18)

Zitat AfD >>

„Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung...“ (GP, S. 17)

ist in erster Linie **nationalistischer Natur**. Die wirtschaftlichen und gesamtpolitischen Fol-

gen und **Risiken eines solchen Isolationskurses** wären in Zeiten der Globalisierung für eine Handelsnation in der Mitte Europas, wie es Deutschland ist, völlig unabsehbar und unverantwortlich. Deshalb wird der Gegensatz zwischen CDU und CSU zur AfD gerade beim Thema „Europa“ besonders deutlich. Denn wir, als bekennende Europäer der ersten Stunde, wissen und bekennen auch in diesen schwierigen Zeiten: Ja, die EU ist zu reformieren, und es wurden in der Vergangenheit auch Fehler gemacht. Die **Europäische Union** ist dennoch die beste Antwort auf Herausforderungen wie **Globalisierung, Migration** und neue **Bedrohungen unserer Sicherheit**. Kein einzelner Mitgliedsstaat kann allein diese Herausforderungen meistern. Die **Stärkung Europas** ist immer auch die Chance Deutschlands.²³

21 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/alexander-gauland-afd-brandenburg-landtagswahl>

22 Vgl. hierzu auch die bezeichnende Aussage von Bernd Lucke über seine ehemalige Partei: „Meine Sorge ist, dass sich die AfD zu einem deutschen Front National entwickeln könnte.“ (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/afd-und-front-national-so-aehnlich-sind-sich-die-rechten-a-1067454.html>). Siehe hierzu auch: Matthias Kamann, Für die AfD ist Kontakt mit Le Pen „gelebte Normalität“ in: Die WELT (<http://hd.welt.de/politik-edition/article155158114/Fuer-die-AfD-ist-Kontakt-mit-Le-Pen-gelebte-Normalitaet.html>)

23 Vgl. dazu: Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlussen vom 21. Parteitag, Hannover 2007, S. 95+96, Ziff. 312 und 316.

Haben Sie Interesse an der Arbeit des EAK?

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) ist der Zusammenschluss aller evangelischen Unionsmitglieder, die wegen ihres Glaubens und seiner Grundlagen in den Unionsparteien einen Beitrag zu einer vor Gott und den Menschen verantworteten Politik leisten wollen. Im EAK arbeiten aber genauso Menschen mit, die keine Mitglieder der Unionsparteien sind, er übernimmt insofern eine wichtige Brückenfunktion zwischen Partei sowie Kirche und Gesellschaft. Der EAK hat das grundsätzliche Anliegen, evangelische Christinnen und Christen zum profilierten politischen Engagement zu ermutigen.

Der EAK wurde 1952 in Siegen gegründet, nachdem der damalige Bundestagspräsident, Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers, und andere der Ansicht waren, dass die Union evangelischer und katholischer Christen einer wesentlichen Stärkung der evangelischen Seite bedurfte. Um die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken, kam es zur Gründung des EAK.



**Fordern Sie das Magazin des EAK
kostenlos an: www.eak-cducsu.de**

**Schreiben Sie uns eine E-Mail:
eak@cdu.de**

für Einladungen zu Veranstaltungen, aktuelle EAK-Informationen und Pressemitteilungen

EAK auf facebook:

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner Facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.

Kontaktadresse:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU,
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Telefon: 030 / 22070-432

Telefax: 030 / 22070-436

„Evangelische Verantwortung“ – Das Magazin des EAK
(begründet von Hermann Ehlers, seit 1953)

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Die AfD gefährdet mit ihrem einseitigen nationalstaatlichen Fokus die außen-, friedens- und sicherheitspolitischen Ziele und Interessen Deutschlands.

Fakt ist >>

Die AfD hält die **NATO** zwar grundsätzlich für erforderlich, aber nur sofern sie „im Einklang mit den deutschen Interessen steht“. Auch dieses unverzichtbare und bewährte westliche Militärbündnis, das über Jahrzehnte hinweg nach dem Zweiten Weltkrieg Freiheit und Frieden in der Bundesrepublik Deutschland, West-Berlin und Westeuropa gesichert hat, stellt die AfD durch ihr **rückwärtsgewandtes und isolatorisches Nationalstaatsdenken** in wesentlichen Teilen in Frage. Dies ist zugleich wieder ein Musterbeispiel an Widersprüchlichkeit: Denn ein Verteidigungsbündnis wie die NATO ist naturgemäß auf gegenseitige Hilfestellung ihrer Mitgliedsstaaten angewiesen. Wie will sich die AfD im **Bündnisfall nach Art. 5 des Nordatlantikvertrages** denn verhalten? Ist hier eigentlich auch **Art. 24 GG** im Blickfeld²⁵? Und müssen dann etwa erst **weitere Volksabstimmungen** durchgeführt werden, bevor etwaige Bündnisverpflichtungen eingehalten werden? Wie soll es funktionieren, dass jedes Engagement der NATO im Einklang mit deutschen Interessen stehen muss? Ist es nicht gerade das Wesen eines Bündnisses, nicht nur auf nationale Interessen zu setzen, sondern zum Wohle aller Bündnispartner einen Interessenausgleich zu finden? Fragen über Fragen, die zwar von fundamentaler Bedeutung für die **Sicherheitsinteressen Deutschlands** sind, die im Grunde aber ohne Antworten bleiben. Bundeswehreinsätze sollen des Weiteren nur

Zitat AfD >>

„Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt.“ (...)
„Wir treten dafür ein, dass jedes Engagement in der Nato im Einklang mit den deutschen Interessen steht und einer zielgerichteten Strategie entspricht. (...) Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.“ (GP, S. 30)

unter einem „**UN-Mandat**“ befürwortet werden, und auch nur dann, wenn „deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden“. Wer die Entscheidung trifft, wann und unter welchen Bedingungen „deutsche Sicherheitsinteressen“ berührt sind und was die AfD darunter versteht, wird allerdings nicht dargestellt.

Hier wird eine verengte Weltanschauung sichtbar: Die AfD will die **Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen** ausschließlich auf die deutschen Interessen beschränken. **Deutsche Sicherheitsinteressen** sind durch die **Globalisierung** – bei aller gebotenen politischen Besonnenheit – letztlich überall berührt. Grobe **Menschenrechtsverletzungen** in anderen Ländern lösen z.B. **Flüchtlingsbewegungen** aus, die auch Auswirkungen auf Deutschland haben. Zudem haben

nicht nur Deutsche in Deutschland berechnete Sicherheitsinteressen. Das kann man z.B. der **Präambel der Charta der Vereinten Nationen** unmissverständlich

Zitat AfD >>

„Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die Nato von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen.“ (GP, S. 41)

Zitat AfD »

„Ich glaube, dass wir Russland 1989/90 falsch behandelt haben. Wir haben den Kalten Krieg offiziell beendet, ihn aber weitergeführt. Der Westen hat damals zugesagt, dass die Nato sich nicht weiter nach Osten erweitert, jedenfalls mündlich. (...) Als die EU dann noch um die Ukraine geworben hat, ist es den Russen offensichtlich zu viel geworden. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür. (...) Haben wir mal den Versuch gemacht, Russland die Einbindung in eine andere europäische Ordnung anzubieten?“²⁴

(Alexander Gauland im Interview mit „Die Zeit“ vom 11.09.2014)

entnehmen. Diese beruft sich nämlich auf die elementaren Grundrechte aller Menschen und schreibt fest, „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern (...) und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren.“

In Teilen der AfD zeigt sich schließlich auch eine deutlich **antiwestliche, explizit pro-russische Haltung**. Ob es am Ende dem Ziel der wirklichen **Friedenssicherung** und somit auch den ureigenen deutschen Sicherheitsinteressen dient, das NATO-Bündnis anzuzweifeln und zu schwächen, gleichzeitig aber die **völkerrechtswidrige Annexion der Krim** und den **Krieg Russlands in der Ukraine** zu entschuldigen bzw. zu relativieren, ist höchst problematisch, vielleicht sogar sicherheitspolitisch gefährlich. Auch hier gibt es erneut deutliche **Überschneidungen mit entscheidenden Forderungen der Linkspartei**.

²⁴ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/alexander-gauland-afd-brandenburg-landtagswahl/komplettansicht>

²⁵ Art. 24, Abs. 2: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“

**Bitte unterstützen
Sie die Arbeit des EAK
mit einer Spende:**

Auf das Konto:

Commerzbank Berlin

BLZ 100 400 00

Konto-Nr.: 266 098 300

IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00

BIC: COBADEFFXXX





Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU setzt sich ein für:

- eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes
- den Schutz von Menschenwürde, Menschenrechten, Meinungs-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit
- das Leitbild der Ehe von Mann und Frau bei Respektierung anderer verantwortlicher Partnerschafts- und Familienformen
- ein solidarisches und vereintes Europa ohne Rückfall in alten Nationalismus

Kontaktadresse:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU,
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Telefon: 030 / 22070-432

Telefax: 030 / 22070-436

www.eak-cducsu.de